

Warum sollte die Einkommensspreizung balanciert sein¹

F. J. Radermacher²

¹ FAW/n Report, 2010

² Prof. Dr. Dr. F. J. Radermacher, Vorstand des Forschungsinstituts für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung/n (FAW/n), zugleich Professor für Informatik, Universität Ulm, Präsident des Global Economic Network (GEN), Wien, Vizepräsident des Ökosozialen Forum Europa, Wien sowie Mitglied des Club of Rome

Korrespondenzadresse: Forschungsinstitut für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung (FAW/n), Lise-Meitner-Str. 9, D-89081 Ulm, Tel. 0731-50 39 100, Fax 0731-50 39 111, E-Mail: radermacher@faw-neu-ulm.de, <http://www.faw-neu-ulm.de>

Vorbemerkung

In der Folge der Weltfinanz- und Weltwirtschaftskrise gibt es aktuell eine Debatte über Reichtum und Armut, eine zunehmend sich auftuende Schere im Sozialen und die Frage nach der **Gerechtigkeit der Einkommensverteilung**. Dabei werden sehr unterschiedliche Positionen eingenommen. Die einen beklagen, dass an der Spitze der Pyramide unglaublich viel Geld verdient wird, und dies teilweise unter Nutzung grenzüberschreitender, teils illegaler Prozesse weitgehend steuerfrei, während unten die untersten Einkommensgruppen, aber auch die Hartz IV Empfänger, unter Globalisierungsdruck, absurd niedrigen Löhnen und absehbaren weiteren Sparmaßnahmen zur Bewältigung der Staatsverschuldung leiden müssen. Wir beobachten typische Phänomene einer **Umverteilung von unten nach oben**, verbunden mit einem Ausdünnen der Mitte, und einer Marginalisierung der Schwächsten (**Prekarisierung**). Dies hat zu einer Debatte über ein „**bedingungsloses Grundeinkommen**“ geführt, für das sich auch Unternehmer einsetzen [8]. Das Kontrastprogramm dazu ist eine zeitweise, im Besonderen durch den Außenminister, **aggressiv** geführte Debatte gegen Sozialschmarotzertum. Hartz IV Empfänger und Niedriglöhner mutierten dabei zu einer Gruppe von Menschen, die relativ bequem und in spät-römischer Dekadenz, in einer Hängematte liegend, zu Lasten des Mittelstands und anderer Leistungsträger ein gutes Leben führen.

In all diesen Debatten geht es immer auch darum zu begründen, dass Menschen, die sehr viel verdienen, das zu Recht tun. Und manchmal wird versucht zu suggerieren, dass eine Besteuerung entsprechender Einkommen fast so etwas wie Wegelagererei darstellt, und es wird die Demokratie abqualifiziert, wenn großen Mehrheiten schlecht verdienender Bürger vorgeworfen wird, dass sie über den Mehrheitsmechanismus „Straßenräuberei“ an Leistungsträgern und gutverdienenden „Wertschöpfern“ betreiben, wo die doch ihr Geld aufgrund eigener Leistung ehrlich verdient hätten und wir alle von deren Leistung leben, umso mehr, als diese Gruppe ohnehin weit überproportional zum Gesamtvolumen an Einkommenssteuer beiträgt. An die Wand wird dann gerne auch das Schreckgespenst kom-

ENTWURF

munistischer bzw. planwirtschaftlicher Verhältnisse gemalt und mit der **Auswanderung der Leistungsträger** gedroht. Begleitend wird behauptet, dass die schlechter Verdienenden so wenig leisten, dass ihre niedrige Honorierung angemessen für diese schlechte Leistung sei.

Demgegenüber geht eine andere Sicht von der Menschenwürde aus die beinhaltet, dass für jeden Menschen vernünftige Lebensbedingungen zu sichern sind. Das liegt in der Verantwortung des Systems, vor allem, wenn insgesamt ein hohes Maß an Gütern und Services produziert wird und punktuell unglaublicher Reichtum angehäuft wird. Insbesondere ist es nach dieser Argumentation nicht akzeptabel, dass ein marktwirtschaftliches Wirtschaftssystem für qualifizierte Menschen nicht genügend attraktive Jobs anbietet. Wenn dem so ist, muss das System etc. Geldzahlungen ohne Arbeit kompensatorisch anbieten. Nicht einzusehen ist jedenfalls, warum Menschen gezwungen sein sollten, ihre wertvolle, gut bezahlte Lebenszeit in völliger Unterforderung zu geringer Bezahlung in völlig unattraktive Jobs zu investieren und dabei auch noch die Pläne anderer umzusetzen, die das Ganze noch honoriert organisieren. Noch weniger ist schließlich die Rolle von **Working Poors** akzeptabel, die, obwohl sie in 3 Jobs 16 Stunden pro Tag arbeiten, von ihrem Lohn mit einer Familie nicht adäquat leben können und ihrer Familie und vor allem ihren Kindern keine vernünftige Ausbildungs-, Erfahrungs- und Lebensperspektive eröffnen können.

Der vorliegende Text versucht eine **mittlere Position**. Er argumentiert für die Notwendigkeit von Differenzierung, von der Sache her, wie zum Wohl der gesamten Gesellschaft. Er fordert aber andererseits **balancierte Verteilungsverhältnisse**, also die Vermeidung extremer Ungleichheit bei den Einnahmen. Einerseits, weil Balance den höchsten Wohlstand hervorbringt – dies ist eine zentrale Einsicht und Position der Vertreter einer weltweiten Ökosozialen Marktwirtschaft – andererseits dann aber auch, weil es sachlich angemessen ist. Diese sachliche Angemessenheit wird im Weiteren begründet.

1. Zu viel Gleichmacherei schadet

Es gibt historische Erfahrung mit zu weit gehender Gleichmacherei bei Einkommen. Dies korrespondiert zu planwirtschaftlich-kommunistischen Verhältnissen mit geringer Effizienz, mit geringer Motivation zu Vorleistungen und zu Risikoübernahme. Solche Verhältnisse sind nicht innovationsfördernd. Innovation ist aber der eigentliche Treiber von Wachstum und damit wachsendem Wohlstand. Entsprechende gesellschaftliche Systeme sind daher vergleichsweise arm. Sie sind für die meisten Menschen nicht besonders attraktiv, sie sind von der Historie abgewählt worden. Es gibt heute keinen Staat, in dem die 20 % der Bevölkerung mit den höchsten Einkommen (nach Steuern, Sozialtransfers und innerfamiliären Lastenausgleich) weniger als 35 % des Gesamteinkommens bei sich allozieren. Die Vertreter einer weltweiten Ökosozialen Marktwirtschaft sehen deshalb 35 % als ein Grenzniveau für eine **balancierte Equity** – ein noch höheres Ausgleichsniveau hat offenbar Nachteile. Eine Vorstellung davon, was das 35 % Niveau (Equity = ε = 35 %) bedeutet, geben die folgenden Zahlen aus [4]: Bei diesem Niveau liegt bei einem Durchschnittseinkommen von z. B. 25.000 Euro die Zahl derjenigen Personen mit 16 Mal so hohem Einkommen (400 000 Euro) bei 0,01 %. Für das Equityniveau 40 % sind es 0,03 %, für das Equityniveau 50 % sind es 0,1 %. Equitywerte unterhalb von 35 % sind motivational nicht ausreichend, vgl. [4]. Interessanterweise ist aber das 35 % Niveau, also das niedrigste in reichen Ländern realisierte Niveau, gerade in **Nordeuropa** realisiert, d. h. in Ländern, die als besonders vorbildlich und leistungsfähig gelten, vgl. hierzu auch die interessanten Ausführungen in [9] (Hinweis: Spirit Level im Titel von [9] bedeutet „Wasserwaage“).

2. Zu viel Ungleichheit schadet

Alle Länder, bei denen die Ungleichverhältnisse so hoch sind, dass bei den 20 % mit den höchsten Einkommen (nach Steuern, Sozialtransfers und innerfamiliärem Lastenausgleich) mehr als 50 % der Gesamteinkommen landen, sind in der Regel sehr arme Länder, gerade deshalb aber für Teile ihrer Eliten sehr attraktiv [5]. Dazu gehören im Besonderen

ENTWURF

Staaten mit fortdauernden Kolonialstrukturen in Lateinamerika und in Afrika. Das Extrem sind Verhältnisse wie in Brasilien und Südafrika. In diesen Ländern landen 60 bis 65 % vom Kuchen bei den 20 % mit den höchsten Einkommen. Diese Gesellschaften werden als **Zweiklassengesellschaften** empfunden, die Demokratie scheint nur noch begrenzt geeignet, um die Interessen der Mehrheit der Menschen umzusetzen. Darum wird die untere Grenze einer balancierten Equity bei etwa 50 % gesehen. Dies korrespondiert zu immer substantielleren Gruppen von Menschen, die mindestens das Durchschnittseinkommen verdienen, nämlich etwa 25 % [4]. Bei noch mehr Ungleichheit rutschen einfach zu viele Menschen unter das Durchschnittseinkommen. Das ist nicht attraktiv für eine Welt mit vielen gut ausgebildeten „Professionals“, die wiederum Voraussetzung sind für ein wohlhabendes System, das seinerseits ein breit gefächertes und leistungsfähiges Ausbildungssystem (viele Lehrkräfte und Administratoren), ein leistungsfähiges Gesundheitssystem (viele Mediziner und Administrationen), Good Governance (mit entsprechendem Personal) und noch mehr gut bezahlte Jobs in der Wirtschaft voraussetzt.

3. Wir leben im Zustand einer globalen Apartheid

Interessanterweise sind die Verhältnisse global, d. h. zwischen den Staaten, noch viel extremer als innerhalb der Staaten, selbst im Vergleich zu Südafrika und Brasilien. Global konzentrieren sich 70 % - 80 % der Einkommen bei den 20 % Menschen mit den höchsten Einkommen. Der größte Teil dieser Menschen lebt in den OECD Staaten - ein Zustand der **globalen Apartheid**. Das ist einer der Gründe, warum die Welt viel ärmer ist, als sie sein könnte. Wenn im weiteren Text von einer vernünftigen, balancierten Einkommensspreizung die Rede ist, dann geht es darum, dass in Wechselwirkung mit dem Besteuerungssystem nach Quertransfers innerhalb von Familien, Sozialtransfers etc. zum Schluss balancierte Verhältnisse herauskommen, bei denen bei den 20 % zwischen 35 – 50 % des Kuchens landen, bei den 80 % mit den weniger hohen Einkommen zwischen 50 – 65 % des Kuchens. Das ist die **universelle Balancesituation reicher, entwickelter Länder**.

ENTWURF

Im Ergebnis werden derartige Verhältnisse auf sehr unterschiedliche Weise erreicht, z. B. durch die Art der **Einkommensspreizung** (besonders gering in Japan, besonders hoch in den USA), abhängig von der Art des **Sozialsystems** und vor allem der (**progressiven**) **Besteuerung**. Wesentlich ist aus Sicht dieses Textes das schließliche Erreichen eines balancierten Zustands. Balance scheint zum höchsten Wohlstand zu korrespondieren. In reichen Staaten bringt Balance in fast allen Lebensbereichen (Gesundheit, Ausbildung, Teenager-Schwangerschaften, Fettleibigkeit, Gefängnisfrequenz, Vertrauen in andere, Vertrauen in die Zukunft etc.) die besten Verhältnisse hervor – und je mehr Balance innerhalb des betrachteten Spektrums, also je näher an 65 % des Kuchens für die 80 % mit den geringeren Einkommen und je näher an 35 % für die 20 % mit den besseren Einkommen, desto besser, vgl. [5, 9]. Die hier verfolgte Perspektive gilt weltweit, nicht nur national oder kontinental.

4. Mathematik der Aufteilung – generelle Beobachtungen

Die hier getroffenen Aussagen basieren auf mehrjährigen Untersuchungen zu abstrakten Verteilungsfragen [2, 4, 6]. Es geht darum, wie man ein Volumen auf eine Population aufteilt. Es ist dabei naturwüchsig unvermeidbar, dass eine Gesellschaft, die wenigen Mitgliedern sehr hohe Anteile im Sinne eines Vielfachen des Durchschnitts zukommen lassen will, das nur erreichen kann, wenn die übrigen, also fast alle, deutlich unter dem Durchschnitt liegen. Ob nun wirklich große Leistungsunterschiede zwischen den Beteiligten vorliegen, oder ob im Sinne von Pyramidenspielen, wie bei Sportereignissen, zum Schluss immer irgendwer, aber immer **nur einer** (oder ganz wenige), ganz oben auf dem „Trepptchen“ steht, die Konsequenzen sind immer dieselben. Es ist naturwüchsig immer so, dass es die besondere Belohnung in der Spitzenposition nur geben kann, wenn die anderen deutlich unter dem Durchschnitt liegen.

Man sollte vor diesem Hintergrund aus der Spitzenposition heraus vorsichtig sein zu argumentieren, dass die anderen sich anstrengen sollten, dann wäre es für sie alle möglich,

das zu erreichen, was der oder die eine erreicht hat. **Das ist falsch**, das würde der Logik der Mathematik dieser Thematik fundamental widersprechen.

Die Premiumposition gibt es nur in Wechselwirkung mit der Nicht-

Premiumposition von fast allen anderen. Anders ausgedrückt: „Wenige Häuptlinge, viele Indianer“. Und wären alle Indianer Häuptlinge, wäre es nicht besonders attraktiv, Häuptling zu sein. Anders ausgedrückt bedeutet das, dass eine Argumentation, die so tut, auch könnten alle haben, was wenige in Spitzenpositionen haben, in sich logisch nicht konsistent ist. Das ist im Übrigen für die meisten offensichtlich, solange nicht geklärt ist, wer die Position hat. Anders ist es, wenn die Position besetzt ist. Mit dem Inhaber einer Spitzenposition ist schwer zu diskutieren und meist hat er weit überproportionale Möglichkeiten, seinen Standpunkt durchzusetzen. Der vorliegende Text argumentiert an dieser Stelle für Klugheit und Mäßigung der Erfolgreichen – aus Einsicht in die Zusammenhänge und in wohlverstandenen Eigeninteresse.

5. Chancengleichheit ist wichtig, reicht aber nicht aus

Das Konzept der Chancengleichheit wird sehr gerne als Ausgangspunkt benutzt, um zu begründen, dass bestehende Verteilungsverhältnisse in Ordnung sind. Der Gerechtigkeit ist dann Genüge getan. Nun ist Chancengleichheit ein wichtiges Ziel, das verfolgt werden sollte und das im Übrigen bei uns nicht erreicht ist – das zeigt jede **PISA-Studie** auf Neue. Zur Begründung an sich abzulehnender, tatsächlicher gesellschaftlicher Zustände trägt Chancengleichheit aber erst recht nicht bei. Das zeigt folgende Überlegung. Der Extremfall eines ungleichen Verteilungssystems mit Chancengleichheit ist das **Losen**, gemäß dem Prinzip, dass der, der gewinnt, alles bekommt – „The winner takes it all“. Das ist von den Chancen her völlig gerecht. Jeder hat dieselben Chancen. Chancengleichheit ist bei diesem Ansatz viel besser erfüllt als in allen heute existierenden Gesellschaften. Dieser Weg erscheint aber in keiner Weise als besonders zielführend. Vor allem etablierte Eliten würden diesen Ansatz völlig ablehnen. Sie mögen, wenn überhaupt, nur Auswahlprozesse, die ihnen, ihresgleichen und ihren Kindern eine hohe Wahrscheinlichkeit geben

ENTWURF

sich durchzusetzen, den anderen entsprechend nur eine kleine –und das wird dann als Chancengleichheit „verkauft“. Z. B. privat bezahlte Eliteschulen für alle eigenen Kinder und wenige Stipendien für exzellente Kinder aus ärmeren Familien – als Beweis der Durchlässigkeit des Systems und gegebenenfalls zur „Blutauffrischung“.

Wenn man sich einmal über den natürlichen Charakter dieser unvermeidbaren Verteilungssituation im Klaren ist, wird man von hier her kommend ein gewisses Maß an Ausgleich im Sinne von Rawl's [7] für sinnvoll halten und nicht die Chancengleichheit benötigen, nicht erträgliche Zustände zu rechtfertigen. Chancengleichheit ist wichtig, aber zu wenig.

6. Ohne funktionierende Ordnung ist breiter Wohlstand unmöglich

Der Staat ist ein wichtiger Vorlieferant für die Möglichkeit, Wohlstand überhaupt erzeugen zu können. So, wie man in der Automobilzuliefererindustrie die Zulieferer bezahlt, so müssen wir alle den Staat bezahlen, der viele unverzichtbare Vorleistungen für Wohlstand erbringt. Das geht von der Organisation von Rechtssicherheit bis hin zur Bereitstellung von Infrastruktur, von allgemeiner Bildung und Sicherung des sozialen Zusammenhalts bis zu sozialem Frieden. Historisch betrachtet haben sich Demokratien herausgebildet, um diesen Frieden herzustellen.

In der Demokratie haben die, die ökonomisch nicht die erfolgreichsten sind, bzw. die, die nicht die höchsten Einkommen beziehen, immer und logisch zwingend die **Mehrheit der Stimmen**. Diese Mehrheit der (im ökonomischen Sinne) nicht so Erfolgreichen wird tendenziell Entscheidungen herbeiführen, die im Besonderen aus ihrer Sicht Sinn machen. Soziale Differenzierung zu Gunsten Weniger braucht hier eine „Licence to operate“, die Zustimmung der Vielen. Querfinanzierungsprozesse, die insbesondere auch die inhärente Knappheit bestimmter Spitzenpositionen reflektieren, finden hier ihre Begründung. Im Sinne von **Rawl's** (und seines „Schleiers der Unwissenheit“ [7]) repräsentieren sie vernünftige Lösungen für alle, wenn man im Vorhinein nicht weiß, ob man später einer der

ENTWURF

wenigen Gewinner oder einer der vielen Sonstigen sein wird. Wenn nicht im vornhinein klar ist, wer die Spitzenposition bekommen wird, resultiert aus der a priori Unsicherheit eine gewisse Mäßigung in der Verteilungsfrage, auch bei der potentiellen späteren Spitze – also den Personen, die den „Marschallstab“ im Tornister tragen aber auch nicht wissen, ob es letztendlich zum „Marschall“ reicht.

7. Finanzierung der Voraussetzung von Wertschöpfung

Eigentlich offensichtlich, aber vielfach nicht akzeptiert, gilt folgendes: Wir verdienen, auch im übertragenen Sinne vom „Verdienen“, nicht unser Brutto, sondern unser Netto. Wir sollten dankbar dafür sein, Steuern bezahlen zu dürfen, um eine Gesellschaft zu ermöglichen, in der wir unser Brutto vereinnahmen können, von dem wir die Steuern und Sozialleistungen bezahlen können, um schließlich ein Netto behalten zu dürfen. Die staatlichen Vorleistungen für die Ermöglichung von Wohlstand sind zu finanzieren. Deshalb ist es wichtig, Steuern nicht als Mechanismus von Umverteilung zu sehen, sondern als Finanzierungsvoraussetzung für die Herstellung der Voraussetzung von Wertschöpfungsfähigkeit. Es ist von der Sache her, aus Gerechtigkeitsgründen wie von den verfügbaren freien Finanzvolumina aus betrachtet angemessen, dass der, der am meisten von einem System profitiert, auch überproportional in die Ermöglichung dessen zahlt, wovon er überproportional profitiert.

8: Wir sind alle Zwerge auf den Schultern von Riesen

Unsere eigenen Beiträge sind wichtig zur Erzeugung von Wohlstand. Aber was uns möglich ist, resultiert vor allem auch aus den **Leistungen der Generationen** vor uns, auf die wir aufbauen, die uns ermöglichen zu tun, was wir heute tun können. Insbesondere haben sie die Voraussetzungen zur Erzeugung von neuem Wissen auf der Basis schon vorhandenem Wissen geschaffen und ebenso die Institutionen, Systeme und Infrastrukturen aufgebaut, auf die wir uns abstützen können. In dem Sinne profitiert jeder von einer über die Generationen laufenden **systemischen Steigerung der Leistungsfähigkeit**. Individuell können wir uns nur Teile der erzielten Ergebnisse zuschreiben, das sollte

ENTWURF

zu etwas mehr Demut und Bescheidenheit einerseits und Dankbarkeit und Freude Anlass geben. Systemische Voraussetzungen sind **gemeinsamer Besitz** eines Staates und seiner Menschen. Der Erhalt systemischer Voraussetzungen ist zu finanzieren. Das System in seiner historischen Entwicklung ist insofern wichtiger als die Exzellenz Einzelner. Wobei gute System immer exzellente Personen zur Besetzung all ihrer Spitzenpositionen hervorbringen und für jede ausfallende Person meist rasch ein Ersatz gefunden wird. Die Friedhöfe sind voll von Personen, die sich für nicht ersetzbar hielten. Der nächste Punkt verstärkt diese Sicht.

9. Vieles im eigenen Erfolg ist Glück

Wieso haben es manche so weit gebracht, dass sie ihre Exzeptionalität (auch mit entsprechender Honorierung) hervorbringen konnten, während die meisten anderen dies nicht können. Wenn man sich die Biographien von erfolgreichen Menschen im Beruf ansieht, dann haben sie viel zu tun mit spezifischen, manchmal singulären **Erfahrungsmöglichkeiten**. Erfolg hat sicher mit eigener Kompetenz und hohem persönlichen Einsatz zu tun, aber häufig auch damit, dass man zum richtigen Moment an der richtigen Stelle war. Man lernt in jedem Job dazu. Für viele Jobs, für viele Aufgaben ist ein entsprechender Vorjob Voraussetzung - man entwickelt sich von Qualitäts- und Erfahrungsniveau zu Qualitäts- und Erfahrungsniveau. Es hat oft auch etwas mit **Glück** zu tun, wer im richtigen Moment an der richtigen Stelle ist. Insofern, als der eigene Erfolg auch viel mit Glück zu tun hat, sollte das Thema nicht „The winner takes it all“ sein, sondern es sollten gesellschaftliche Verhältnisse angestrebt werden, die im **Rawl'schen Sinne** für alle Sinn machen, nicht nur für Gewinner. Dazu gehören Elemente von Querfinanzierung.

10. Primär das System erzeugt den Wohlstand

Wenn man sich z. B. fragt, warum bestimmte Aufgaben (z. B. Taxi fahren oder Arbeiten in der Gastronomie) heute in der Schweiz oder in Deutschland so viel höher honoriert werden als z. B. in Polen oder in Bangalore, obwohl es eigentlich dieselben Tätigkeiten sind, dann liegt das an dem Systemniveau, auf dem sich die jeweilige Gesellschaft be-

ENTWURF

wegt, in der man lebt [3]. Die Bezahlungen in einer Gesellschaft sind, zumindest in Teilen, in Relation zueinander zu sehen, um Menschen überhaupt zu sehr unterschiedlichen Tätigkeiten motivieren zu können. Das jeweilige absolute Niveau in einem Staat hängt an der Position dieses Staates in der **weltweiten Arbeitsteilung und Wohlstandspyramide**. Insofern, als man persönlich profitiert, in diesem Sinne von einem System, in dem man Mitglied ist, ist es gerechtfertigt, in dieses System zurück zu investieren bzw. zurückinvestieren zu müssen, wenn die große Mehrheit der Angehörigen des Systems das so sieht.

11. Wir alle profitieren von Arbeitsteilung und Kooperation

Deuten schon die Vorleistungen früherer Generationen und die Rolle des erreichten Systemniveaus auf nicht-individuelle Dimensionen im Honorierungsniveau hin, so gilt das erst recht bei Berücksichtigung der Rolle von **Arbeitsteilung und Kooperation**. Arbeitsteilung und Kooperation sind Voraussetzung für hohen Wohlstand. Und Wohlstand ist zwangsläufig und unauflösbar mit der Ausführung ganz unterschiedlichen Aufgaben verbunden. Im Besonderen die, die Premiumpositionen innehaben, die sehr viel Geld in sehr kurzer Zeit verdienen, profitieren extrem von den übrigen, weniger attraktiven Positionen. Denn diese ermöglichen den Wenigen erst zu tun, was sie tun. Das geht von der Verfügbarkeit von Flügen und Zügen über die Wartung von Automobilen bis zu Hotels, Restaurants, Reinigungsdiensten, Schreibdiensten, Wachdiensten etc. Das betrifft also vor allem die Mehrzahl der vielen Jobs, die unter Marktbedingungen tendenziell austauschbar und einfach gegeneinander ausspielbar sind mit der Möglichkeit, den Preis für Entlohnung niedrig zu halten bzw. in der Globalisierung sogar zu senken. Aber von der Sache her sind es gerade diese vielen Jobs, die den Wenigen ermöglichen, besonders viel zu verdienen. Insofern leiden die Menschen mit besonders hohem Einkommen auch am meisten darunter, wenn, aus welchem Grund auch immer, keine Flugzeuge fliegen (wie jüngst beim Ausbruch des Vulkans Eyjafjallajökull in Island), keine Züge fahren (bei einem Streik), keine Automobile fahren (z. B. weil die Lastwagenfahrer oder Bauern die Autobahn blockieren). Und was macht der weltberühmte Operateur mit den „goldenen

ENTWURF

Händen“, wenn keine Assistenzärzte, Krankenschwestern, Sekretärinnen, Techniker etc. da sind? D. h., die Leistung der Vielen ist Voraussetzung für die hohen Einkommen der Wenigen. Wenn man das anerkennt, muss vernünftigerweise etwas an diese Ermöglicher zurückfließen und die Verhältnisse müssen für alle erträglich sein.

11. Die eigene Exzeptionalität

Viele Menschen reklamieren sehr hohe Einkommen, weil sie ganz besonderes viel leisten, z. B. als Vorstandsvorsitzender, als Parteivorsitzender. Und das ist wahr! Sie leisten Besonderes. Wahr ist auch, dass nicht jeder andere tun könnte, was sie tun. Ja, die weit überwiegende Mehrheit der Bevölkerung wäre prinzipiell wohl nicht dazu in der Lage. Vielleicht nicht einmal dann, wenn ihnen dieselben Möglichkeiten im Leben geboten worden wären wie dem oder derjenigen, die es geschafft haben. Das ändert aber nichts daran, dass es für jeden Spitzenakteur auch hundert andere gibt, die dasselbe hätten tun können. Hunderte, die auch befähigt gewesen wären für denselben Job. Hundert andere, die gerne den Job übernommen hätten, wenn sie nicht durch den blockiert gewesen wären, der ihn inne hatte. Viele Fragen auf dieser Welt über Chancen und Karrieren wurden negativ davon bestimmt, dass es einen anderen gab, z. B. als Bundeskanzler oder Vorstandsvorsitzender, der eine Position 10 – 15 Jahre „blockiert“ oder alternativ und positiv, dass es einen solchen nicht gab, dass sich plötzlich eine **Lücke auftat**. In diesem Sinne ist auch die Tatsache, dass man selber viel leistet, noch nicht ausreichend als Begründung dafür, warum man exzeptionell ganz anders bezahlt werden sollte, als alle anderen. Noch einmal: Noch fast jeder, der unerwartet starb, wurde relativ schnell ersetzt, obwohl er vorher glaubte, er sei unersetzlich.

12. Balancierte Equity

Die hier diskutierten Überlegungen gehören zum „genetischen Code“ der Konzeption einer **weltweiten Ökosozialen Marktwirtschaft**. Die Vertreter dieser Position halten die Kombination von Markt und Nachhaltigkeit, die in den heutigen weltökonomischen Sys-

ENTWURF

temen offensichtlich **nicht** besteht, für möglich und bezeichnen als **ökosozial** jede weltweite Marktwirtschaft, die diese Ziele verbindet. Dies korrespondiert zur sogenannten **Fundamentalidentität**.

Markt und Nachhaltige Entwicklung = Ökosoziale Marktwirtschaft
--

Untersuchungen untermauern, dass Ökosoziale Marktwirtschaften auf Dauer den höchsten Wohlstand hervorbringen. Die Equity in einem System ökonomischen Typs Staat sollte zwischen 50 und 65 % gehalten werden, d. h. die 20 % Personen mit den höchsten Einkommen (nach Steuern, Sozialtransfers und innerfamiliärem Lastenausgleich) sollen etwa 35-50 % der Einkommen bei sich konzentrieren, d. h. nicht weniger als 35 %, aber auch nicht mehr als 50 %. Der Blick wird hierbei auf das große Muster Arm/Reich gelenkt im Unterscheid zur heutigen Statistik. Hier beschäftigt man sich bevorzugt mit der Binnendifferenzierung des unteren Mittelstands, Working Poor und Harz IV, vielleicht auch, um Angst und Druck vor weiterem sozialem Abstieg zu erzeugen. Das alles dominiert die Diskussion, obwohl die aufaddierten Einkommen aller dort Platzierten nicht einmal **ein Achtel** (*Herrn Kämpke um eine Zahl bitten*) des Kuchens ausmachen. Eine balancierte Equity, damit balancierte Einkommen, sind Teil der Grundphilosophie einer Ökosozialen Marktwirtschaft. Dabei kann man unmittelbar bei den Einnahmen ansetzen, oder über progressive Besteuerung und die Finanzierung der Sozialsysteme nachregulieren oder auf Stiftungen und Charity setzen – entscheidend ist, was am Ende herauskommt. Nicht der gute Wille oder die gute Theorie oder die philosophische Begründung ist primär, sondern zum Schluss immer die Frage, was herauskommt: Wohlstand für alle und Nachhaltigkeit der Systeme in weltweiter Ausprägung und mit Blick auf zukünftige Generationen.

Marktmechanismen sorgen im ökosozialen Modell für Innovation, Wohlstand und eine individuell vielfältige Welt, Nachhaltigkeit sorgt demgegenüber für die Berücksichtigung der Nöte **aller** Menschen wie der Natur und darüber hinaus für die Berücksichtigung der Eigenrechte der Natur jenseits der Nachhaltigkeit der Natur für den Menschen.

ENTWURF

Zentral ist dafür das **Setzen von Grenzen** und die Herbeiführung von Balance. Die Vertreter einer Ökosozialen Marktwirtschaft [1, 6] fordern konsequenterweise einen balancierten Ausgleich als Staatsziel dem sogenannten „magischen Viereck in der Volkswirtschaftslehre“, das im Stabilitätsgesetz von 1967 verankert ist, hinzuzufügen. Das ist eine klassische Aufgabe der **Zivilisation** und **Kulturen**, die das Austarieren von Markt und Nachhaltigkeit, von monetarisierten und nicht-monetarisierten Prozessen von je her und spezifisch zu leisten hatten und haben [10].

Literaturverweise

1. Herlyn, E.L.A. , Radermacher, F. J.: Ökosoziale Marktwirtschaft – Ideen, Bezüge, Perspektiven. FAW/n-Bericht, 2010
2. Kämpke, T., R. Pestel und F. J. Radermacher: A computational concept for normative equity. Europ. J. of Law and Economics, No. 15, 129-163, 2003
3. Kay, J.: The truth about markets. Why some nations are rich but most remain poor. Penguin Books, 2004
4. Pestel, R., Radermacher, F.J.: Equity, Wealth and Growth: Why Market Fundamentalism Makes Countries Poor. Manuscript to the EU Project TERRA 2000, FAW, Ulm, 2003
5. Radermacher, F.J.: Balance oder Zerstörung: Ökosoziale Marktwirtschaft als Schlüssel zu einer weltweiten nachhaltigen Entwicklung. Ökosoziales Forum Europa (ed.), Wien, 2002
6. Radermacher, F. J., Riegler, J., Weiger, H.: Ökosoziale Marktwirtschaft – Historie, Programmatik und Alleinstellungsmerkmale eine zukunftsfähigen globalen Wirtschaftssystem, Manuskript, FAW/n, Juli 2010
7. Rawls, J.: A Theory of Justice, Oxford University Press, London, 1978
8. Werner, G.: Einkommen für alle, Bastei Lübbe Verlag, Dezember 2009
9. Wilkensen, R. , Pickett, K.: Spirit Level - Why Equality is Better for Everyone. Penguin Books Ltd, London, 2009/2010
10. World Culture Forum: Dresdner Manifest – 10 Wünsche und Forderungen an die Regierungschefs der G20. Abschlusskommuniqué des 2. World Culture Forum, Dresden, 2009; www.wcf-dresden.org